Stellungnahme der Arbeitskammer des Saarlandes zur Anhörung des Ausschusses für Inneres und Sport zum Gesetz zur Neufassung der Vorschriften über die wirtschaftliche Betätigung des Kommunalsebstverwaltungsgesetzes (Drucksache 16/1715)

am Donnerstag, den 09. September 2021 um 14.00 Uhr im Landtagsgebäude

1 Einleitung


Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, bedarf es einer Digitalpolitik, die – sofern gut ausgestaltet – auch das strukturpolitische Potenzial z. B. von Smart-City-Ansätzen oder Coworking Spaces nutzt und die Digitalisierung in gemeinwohlorientierte, soziale und ökologische Rahmenbedingungen einbettet. Voraussetzung für die regional und sozial ausgewogene Nutzung von Digitalisierungschancen ist eine entsprechende Infrastruktur, also vor allem die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet. Mit der Energiewende entstehen perspektivisch neue dezentrale Strukturen, auf welche die alten Geschäftsmodelle der kommunalen Unternehmen nicht mehr passen. Das betrifft auch insgesamt die Infrastruktur für die Digitalisierung und den gesamten Bereich "Smart Cities".


Das bisher bestehende KSVG kann diese neuen Strukturen nicht mehr abbilden. So ist die Telekommunikationsinfrastruktur heute als Bestandteil der Grundversorgung einzuordnen. Damit ist deren Aufbau durch die Kommunen über den öffentlichen Zweck gedeckt. Leistungsfähige Datenleitungen gehören heute unzweifelhaft zur Versorgungsinfrastruktur und
stehen auf einer Stufe mit der Strom- und Wasserversorgung. Wichtige Investitionen für die künftige Daseinsvorsorge sind hier notwendig.

In diesem Zusammenhang wurden im Koalitionsvertrag rechtliche Erleichterungen für die Betätigung der Kommunen im Bereich der Ver- und Entsorgungswirtschaft vereinbart – natürlich unter Abwägung der Belange der mittelständischen regionalen Unternehmen.

2 Inhalt der geplanten Gesetzesnovelle


An dieser Stelle kann der Entwurf selbstverständlich nicht abschließend hinsichtlich seiner Wirksamkeit bewertet werden. Es spricht aber einiges dafür, dass die regionale Wirtschaft - und insbesondere KMU und Handwerk – eher davon profitieren, als dass diese in ihrer Existenz gefährdet werden könnten.

Der vorliegende Entwurf zur Neufassung der Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen im saarländischen KSVG umfasst:

- **die Neuformulierung des § 108 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung**
  hier wird der Begriff der wirtschaftlichen Unternehmen durch den der wirtschaftlichen Betätigung ersetzt; zudem wird die reine Gewinnerzielungsabsicht ausdrücklich als öffentlicher Zweck ausgeschlossen; neu eingefügt ist ein Passus über öffentliche Beteiligungen an Unternehmen, der klargestellt, dass der dem Gemeindeanteil entsprechende Anteil an der Unternehmensleistung dem öffentlichen Zweck gerecht fertigt sein muss; außerdem sind untergeordnete wirtschaftliche Tätigkeiten zulässig, um vorhandene freie Kapazitäten besser auszulasten.

- **die Einfügung eines neuen § 108a Regelungen für besondere Aufgabenfelder**
  hier wird im Wesentlichen der öffentliche Zweck zur Erstellung öffentlicher Güter (Trinkwasser, Strom, Gas, Wärme, Telekommunikation) klargestellt.

- **die Neuformulierung des § 118 Anzeige, Genehmigung, Befreiung (vorher Anzeigepflicht und Befreiung)**
  führt eine Geringfügigkeitschwelle für die Anzeigepflicht für Beteiligungen von weniger als 2 Prozent ein; auch werden die Anzeigepflichten bei öffentlicher wirtschaftlicher Betätigung zur Auslastung freier kommunaler Kapazitäten festgelegt.
3 Einordnung: Kommunale Aufgaben und öffentlicher Zweck

Der vorliegende Entwurf zur Gesetzesnovelle enthält vor allem Klarstellungen hinsichtlich des öffentlichen Zwecks. Dabei werden die bekannten Felder der Daseinsvorsorge ausdrücklich enumeriert und um die Telekommunikation erweitert. Damit stellt der Entwurf lediglich klar, welche wirtschaftliche Betätigung aus den kommunalen Kompetenzen (Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben) folgt.


Darüber hinaus sind durch den öffentlichen Zweck auch freiwillige Aufgaben abgedeckt. Für diese gibt es keine inhaltlichen Vorgaben für die kommunale Betätigung, außer dass sie den Kompetenzgrenzen der Gebietskörperschaften unterliegen. Hier ist an die Unterhaltung von öffentlichen Einrichtungen wie Sportplätzen, Schwimmbädern, Museen, Konzerthallen, Theatern, Bibliotheken zu denken.


Es ist im Sinne des Gemeinwohls jedenfalls nicht erstrebenswert, dass solche öffentlichen Investitionen von Privaten übernommen werden, sobald sie sich als gewinnträchtig herausstellen. Damit würde die öffentliche Hand das Risiko der Investitionskosten tragen, aber der Chance beraubt, im Sinne wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung diese Investitionen wiederum zu amortisieren.

Der Gesetzesentwurf ist maßvoll in der Definition des öffentlichen Zwecks: er stellt einerseits den Status quo klar und passt das KSVG an die technische Innovation durch Digitalisierung und Telekommunikationstechnik an.

Eine Gefährdung der Wirtschaftsbasis des saarländischen Handwerks und des Mittelstandes kann aufgrund des Entwurfs nicht erkannt werden. Im Gegenteil: gerade lokale Handwerksbetriebe könnten in hohem Maße davon profitieren, dass Kommunen (und Stadtwerke) im Zuge der Digitalisierung und der Energiewende als lokale Auftraggeber fungieren und die Wertschöpfung in der Region halten. Das Know-how des Handwerks (und anderer) ist dabei ein wichtiges Potenzial für die Kommunen (und die Stadtwerke). Es dürfte deshalb eher ein hohes Interesse daran bestehen, das bestehende lokale Wissen zu erhalten und für kommunalen Projekte zu aktivieren.
Im Gegensatz dazu ist beispielsweise der privatwirtschaftliche Glasfaserausbau von einem Oligopol mit internationaler Dimension dominiert. Dabei ist zu befürchten, dass damit auch keine Entscheidungen im Saarland etwa zugunsten saarländischer Lieferanten fallen, der Blick auf die lokale Wirtschaft verloren geht und in erster Linie externe Anbieter außerhalb des Saarlandes zum Zuge kommen.

Als weiterer möglicher Effekt durch die Stärkung der kommunalen Akteure, auch aufgrund einer höheren Rechtssicherheit, ist perspektivisch auch die Sicherung der Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich zu nennen – i.d.R. gute, mitbestimmte Arbeit – und eine stärkere Teilhabe an der weiteren Entwicklung der Digitalisierung sowohl materiell als auch immateriell.

4 Position der Arbeitskammer und des DGB zur Gesetzesnovelle


1. Die vorliegende Gesetzesnovelle ist zu begrüßen, weil sie die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge so ausgestaltet, dass eine zuverlässige Aufgabenerfüllung auf lokaler Ebene gewährleistet werden kann.


3. Optional ist an die Implementierung oder Weiterentwicklung zukunftsfähiger Regelwerke und Mechanismen zu denken, die einen fairen Interessenausgleich zwischen Kommunen und Privatwirtschaft weiter fördern und unterstützen helfen.


8. Investitionstätigkeit und Kapazitätsauslastung sind deshalb zwei Seiten derselben Medaille und tragen so zur besseren Leistungsfähigkeit der Kommunen und zur effizienten Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene bei.

9. Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ist deshalb zu begrüßen, weil sie eher tauglich ist, Kosteneffizienz, Gute Arbeit und öffentliche Kontrolle über die Leistungserbringung sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschriften]

Thomas Otto
Hauptgeschäftsführer

Bettina Altesleben
Geschäftsführerin DGB Region Saar